



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 10/3/2017

Rot-Rot-Grün auf Bundesebene?

von NORBERT F. TOFALL

- Obwohl der Kanzlerkandidat und designierte SPD-Vorsitzende Martin Schulz in den letzten Wochen Umfrageerfolge erzielen konnte, was sich jedoch schnell wieder ändern kann, hat auch laut der aktuellen Umfragen Rot-Rot-Grün auf Bundesebene noch keine Mehrheit.
- Ob durch den Ausgang der Landtagswahlen im Saarland am 26. März 2017, in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017 und in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 ein Trend entstehen könnte, der Rot-Rot-Grün im Bund die Regierungsmöglichkeit eröffnet, oder ob aus diesen Landtagswahlen eine Bewegung zur Verhinderung von Rot-Rot-Grün erwächst, ist offen.

I.

Seit 2013 gibt es eine rechnerische Mehrheit für eine rot-rot-grüne Bundesregierung im Deutschen Bundestag und damit eine Alternative zur großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei der Bundestagswahl 2013 hatten SPD, DIE LINKE und die Grünen zusammen zwar nur 42,7 Prozent der abgebenden Stimmen erhalten (siehe Tabelle 1), da aber FDP und AfD an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, sind diese 42,7 Prozent in der laufenden Legislaturperiode immer noch ausreichend, um CDU und CSU, die 41,5 Prozent im Jahr 2013 erzielten, auf die Oppositionsbänke zu schicken.

Trotzdem hatte sich Sigmar Gabriel während der laufenden Legislaturperiode nicht getraut, von Angela Merkels Seite zu weichen und sich mit Hilfe der Grünen, der Linkspartei und seiner SPD zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wählen zu lassen. Es fehlte Gabriel sowohl am Machtwillen als auch am strategischen Geschick für einen Wechsel. Und vermut-

lich hatte er Skrupel, mit der fundamentalistischen und systemkritischen Linkspartei eine Koalition auf Bundesebene einzugehen, Skrupel, die vollkommen berechtigt sind. Martin Schulz, der alte Präsident des Europäischen Parlaments und neue Kanzlerkandidat und designierte SPD-Vorsitzende, scheint diese Skrupel nicht zu haben. Er besitzt einen ausgeprägten Willen zur Macht.

Diesen Willen zur Macht wird Martin Schulz in den Monaten bis zur nächsten Bundestagswahl im September 2017 auch benötigen. Denn trotz seiner momentanen Umfrage-Erfolge reichen die geschätzten 46 bis 47 Prozent für Rot-Rot-Grün auf Bundesebene (siehe Tabelle 2) derzeit nicht aus, damit Martin Schulz Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden könnte. CDU/CSU, FDP und AfD hätten nach den derzeitigen Schätzungen als Oppositionsparteien zusammen zwischen 47 Prozent und 50 Prozent (siehe Tabelle 2) und könnten damit Rot-Rot-Grün auf Bundesebene verhindern.



Tabelle 1: Sonntagsfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre...“

	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Bundes- tagswahl
	22.2.2017	4.3.2017	8.3.2017	10.3.2017	9.2.2017	23.2.2017	7.3.2017	22.9.2013
CDU/CSU	33 %	33 %	33 %	34 %	33 %	31 %	30,5 %	41,5 %
SPD	30,5 %	32 %	32 %	32 %	29 %	32 %	31,5 %	25,7 %
GRÜNE	8 %	7 %	8 %	7 %	9 %	8 %	6,5 %	8,4 %
FDP	7 %	6 %	6 %	5 %	6 %	6 %	7,5 %	4,8 %
DIE LINKE	8 %	8 %	7 %	8 %	8 %	7 %	8,5 %	8,6 %
AfD	8,5 %	10 %	8 %	9 %	11 %	11 %	11 %	4,7 %
Sonstige	5 %	4 %	6 %	5 %	4 %	5 %	4,5 %	6,2 %

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> zuletzt abgerufen am 10. März 2017

Tabelle 2: Aus den aktuellen Umfragen folgende Koalitionsmöglichkeiten

	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA
	22.2.2017	4.3.2017	8.3.2017	10.3.2017	9.2.2017	23.2.2017	7.3.2017
Schwarz-Rot	63,5 %	65 %	65 %	66 %	62 %	63 %	62 %
Rot-Rot-Grün	46,5 %	47 %	47 %	47 %	46 %	47 %	46,5 %
Schwarz-Grün	41 %	40 %	41 %	41 %	42 %	39 %	37 %
Schwarz-Grün-Gelb	48 %	46 %	47 %	46 %	48 %	45 %	44,5 %
Schwarz-Gelb	40 %	39 %	39 %	39 %	39 %	37 %	38 %
Rot-Gelb-Grün	45,5 %	45 %	46 %	44 %	44 %	46 %	45,5 %
Opposition aus							
UNION, FDP, AfD	48,5 %	49 %	47 %	48 %	50 %	48 %	49 %
SPD, LINKE, AfD	47 %	50 %	47 %	49 %	48 %	50 %	51 %

Quelle: eigene Berechnungen FLOSSBACH VON STORCH RESEARCH INSTITUTE



Nach Stand der derzeitigen Umfragen ist eine Fortsetzung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD wahrscheinlich. Rot-Rot-Grün hat noch keine Umfrage-Mehrheit. Und Schwarz-Grün-Gelb hat nur in einer Umfrage von sieben eine sehr knappe Mehrheit. Anfang September 2016 war Schwarz-Grün-Gelb in fast allen Umfragen noch die einzige Alternative zur Großen Koalition. Da niemand mit der AfD koalieren will, ergibt sich eine große Wahrscheinlichkeit für die Fortsetzung der Großen Koalition. Und da die SPD nur in zwei von sieben Umfragen knapp vor der Union liegt, sieht es im Moment auch nicht danach aus, daß Martin Schulz an der Spitze einer fortgesetzten Großen Koalition stehen wird.

Die gesamte politische Lage kann sich jedoch durch leichte Bewegungen von 1 bis 4 Prozentpunkten schnell ändern. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte deshalb weder Rot-Rot-Grün noch Schwarz-Grün-Gelb oder eine Ampel auf Bundesebene ausgeschlossen werden.

II.

Die Umfrage-Erfolge der letzten Wochen von Martin Schulz dürften auf ein weitverbreitetes Bedürfnis nach Veränderung um jeden Preis zurückzuführen sein. Obwohl Martin Schulz im Grunde ein „alter Mann aus Europa“ ist, eben der alte EU-Parlamentspräsident, wird er in Deutschland von der SPD und einigen Medien als Hoffnungsträger gefeiert. Aber noch ist nicht sicher, ob diese neue Hoffnung für einen Sieg über Angela Merkel im September ausreichen wird. Zum einen hat Bundeskanzlerin Merkel den Kampf gegen Schulz noch gar nicht aufgenommen und wirkt auch sonst wenig kämpferisch. Angela Merkel ist jedoch alles zuzutrauen und nicht nur die Entzauberung von Martin Schulz, wenn sie beginnt um ihr Amt zu kämp-

fen. Zum anderen mußte Martin Schulz gar nicht viel tun, um in der von Sigmar Gabriel ziel- und perspektivlos zurückgelassenen SPD neue Hoffnung zu erwecken. Es ist deshalb durchaus möglich, daß Angela Merkel den SPD-Kanzlerkandidaten in den nächsten Monaten durch gezielte Angriffe entzaubert.

Unabhängig von dieser Frage ist mit Blick auf die kommenden drei Landtagswahlen im Saarland am 26. März 2017, in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017 und in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 die Frage interessant, ob ein Trend in Richtung von Rot-Rot-Grün entstehen könnte oder ob sich viele Wähler von der Aussicht auf Rot-Rot-Grün auf Bundesebene abgeschreckt fühlen.

Im Saarland könnte sowohl den Grünen als auch der FDP der Einzug in den Landtag verwehrt werden. Nach einer Forsa-Umfrage vom 9. März 2017 landen die Grünen bei 5 Prozent und die FDP bei 4 Prozent. Nach dieser Umfrage liegt die CDU bei 34 Prozent, die SPD bei 33 Prozent, die Linke bei 13 Prozent und die AfD bei 6 Prozent.¹ Da eine Koalition zwischen CDU und AfD auszuschießen ist, bliebe bei diesen Ergebnissen nur eine Große Koalition aus CDU und SPD oder eine rot-rote Koalition aus SPD und Linkspartei, falls die Grünen den Einzug in den Landtag verfehlen, oder eine rot-rot-grüne Koalition.

In Schleswig-Holstein sieht es nach einer älteren Umfrage für die Grünen mit 15 Prozent und der FDP mit 9 Prozent besser aus. Aber auch in Schleswig-Holstein könnte es knapp für die SPD mit 26 Prozent, die Grünen mit 15 Prozent, die Linken mit 5 Prozent und den SSW mit 3 Prozent, für den nicht die Fünf-Prozent-Hürde gilt,

¹ <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm>
zuletzt abgerufen am 10. März 2017



für eine Koalition reichen, falls die Linkspartei nicht an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.²

Und in Nordrhein-Westfalen, dem größten deutschen Bundesland, fällt auf, daß nach einer INSA-Umfrage vom 5. März 2017 die regierende rot-grüne Koalition unter Hannelore Kraft ihre Mehrheit verlieren könnte. SPD (38 %) und Grüne (7 %) kommen zusammen nur auf 45 Prozent, während CDU (27 %), FDP (10 %) und AfD (11 %) zusammen auf 48 Prozent kommen³ und Rot-Grün verhindern würden. Die Linkspartei kommt zur Zeit in NRW nur auf 4 Prozent. Sollte das so bleiben, hätte in NRW nach dieser Umfrage neben einer Großen Koalition aus SPD und CDU nicht nur eine Ampel aus SPD, Grüne und FDP eine Mehrheit im Landtag, sondern auch eine sozialliberale Koalition aus SPD und FDP mit zusammen 48 Prozent. CDU, Grüne und AfD könnten als Oppositionsparteien mit zusammen 45 Prozent eine sozialliberale Koalition dann nicht verhindern. Ob die FDP sich mit Blick auf die Bundestagswahlen im September aber auf solche Konstellationen einlassen wird, bleibt abzuwarten.

Die Signale, die von den Ergebnissen der Landtagswahlen und den daraus folgenden Regierungsbildungen ausgesendet werden, sind angesichts der Tatsache, daß zur Zeit 1 bis 4 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Bundestagswahl für mögliche alternative Regierungen zur Großen Koalition entscheiden werden, nicht zu unterschätzen. Vielleicht sind die zur Zeit rückläufigen Ergebnisse für die AfD nicht nur aber auch die Folge dieser Lage. Auf jeden Fall wird bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 jede Stimme zählen.

² Ebd.

³ Ebd.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 10. März 2017